

Stellungnahme zu den Bundestagswahlen 2025

Antragstellerinnen: Laura Falk, Fritz Herkenhoff (Vorstand)

Antrag: Das Studierendenparlament möge die folgende Stellungnahme zu den Bundestagswahlen unterstützen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Die bevorstehende Bundestagswahl stellt eine richtungsweisende Entscheidung für die Zukunft Deutschlands dar. In Zeiten, in denen demokratische Grundwerte unter Druck geraten, ist es wichtiger denn je, sich klar für Demokratie, Vielfalt und Freiheit auszusprechen. Als Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA) sehen wir es als unsere Verantwortung, für diese Werte einzutreten und jeglichen Versuchen, sie zu untergraben, entschieden entgegenzutreten. Auch aufgrund der Kandidatur einer an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) arbeitenden Person als Direktkandidat für die Alternative für Deutschland (AfD) im Wahlkreis Altenholz/Kiel/Kronshagen sehen wir uns in der Pflicht, uns zu dieser Partei zu äußern.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, dass es Parteien gibt, die sich in ihrer Arbeit nicht an den demokratischen Grundwerten und den Grund- und Menschenrechten orientieren. Ein besonders alarmierendes Beispiel ist der jüngste Antrag zum Asylrecht, der nicht nur die Rechte von Geflüchteten einschränkt, sondern auch die Sicherheit internationaler Studierender infrage stellt. Hinzukommt, dass jüdische Studierende in den letzten Jahren zunehmend ein Gefühl der Angst erlebt haben. Wenn politische Entscheidungen bewusst gegen Grundrechte getroffen werden und sich aus diskriminierenden Motiven speisen, ist es unsere Pflicht als Studierendenvertretung, dagegen zu protestieren.

Ein offener und inklusiver Campus ist für die Lehre und Wissenschaft wichtig. Der Austausch auf internationaler Ebene ist essenziell in einer global vernetzten Welt.

Unsere Universität bekennt sich mit ihrem Gründungsmotto *Pax optima rerum – Frieden ist das höchste Gut* – zu Demokratie, Weltoffenheit und Völkerverständigung. Die Forderungen der AfD stehen diesen Grundsätzen direkt und unvereinbar entgegen.

Um das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein der Studierenden zu fördern und damit die freiheitliche Demokratie zu schützen, sehen wir es als wichtig an, dass sich die Studierendenschaft dazu äußert. Parteien wie die Alternative für Deutschland stellen aus vielen Gründen eine Bedrohung für die Bildung und Wissenschaft in Deutschland dar. Hinzu kommt noch die Gefahr für die Demokratie. Eine Partei, welche bewusst Desinformationen verbreitet und nationalsozialistisches Unrecht relativiert, welches auch in der Vergangenheit der CAU eine große Rolle spielt und jüdische Universitätsmitglieder getroffen hat, hat kein Interesse am Erhalt der Demokratie. Für uns gilt auch weiterhin, dass wir uns klar gegen Antisemitismus positionieren.

Die Chancengleichheit im Hochschulzugang soll nach der AfD eingeschränkt werden. Bildung ist ein Grundrecht und darf nicht eingeschränkt werden. Mit „standardisierten Eignungstests und Aufnahmeprüfungen“ sollen Hochschulen Bewerbende auswählen. Die strengeren Zugangsbeschränkungen erschweren den Bildungsweg dann für sozial benachteiligte Gruppen.

Die AfD behauptet, sich für die Freiheit der Lehre und Forschung einzusetzen, während parallel die Abschaffung der Genderstudies gefordert wird. Die Rechte von queeren Menschen und deren Existenz sind weder zu leugnen noch abzusprechen. Weiterhin werden wissenschaftliche Erkenntnisse wie der Klimawandel geleugnet und als „ideologisch“ abgewertet.

Die CAU hat neben der zentralen Gleichstellungsbeauftragung auch für jede Fakultät separate gleichstellungsbeauftragte Personen - ein Alleinstellungsmerkmal – und fördert damit die Gleichstellung in Lehre, Forschung, Wissenschaft, Technik und Verwaltung, während die AfD die Abschaffung dieser fordert und sich damit offen gegen den Artikel 3 des Grundgesetzes positioniert.

Daher bekräftigen wir unsere klare Haltung:

Nein zur AfD und zur Zusammenarbeit mit rechten und extremistischen Parteien.

Wir appellieren an alle demokratischen Parteien, insbesondere unsere Vertreter*innen aus Schleswig-Holstein, sich ihrer Verantwortung bewusst zu sein und politische Entscheidungen stets auf Basis von Grund- und Menschenrechten zu treffen. Eine Partei, welche sich offen rassistisch, sexistisch und antidemokratisch äußert, ist, wie bereits das Studierendenparlament festgestellt hat, „keine Alternative, sondern der Rückwärtsgang in der Bildungspolitik“.